



Kommunalpolitische Positionen der IHK Mittlerer Niederrhein für Krefeld

Kommunale Kosten und Leistungen:

Unsere Forderungen:

Wettbewerbsfähige Grund- und Gewerbesteuerhebesätze

Die Stadt Krefeld hat weiterhin einen überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesatz von 475 Punkten. Die leichte Senkung zum Jahr 2024 von fünf Punkten war ein gutes Signal für die Gewerbetreibenden. Die Kommune sollte perspektivisch weiterhin daran arbeiten, den Satz zumindest auf den immer noch hohen NRW-Durchschnitt zu senken. Beim Grundsteuersatz hat Krefeld zurzeit das Modell eines differenzierten Hebesatzes gewählt. Nicht-Wohngebäude werden höher besteuert als Wohngebäude. Damit muss die Wirtschaft – gemessen am Grundstückswert – höhere Grundsteuern zahlen. Dies sollte – auch aufgrund der nach wie vor hohen Rechtsunsicherheit – rückgängig gemacht werden. Krefeld sollte einen einheitlichen Grundsteuerhebesatz erheben.

Höhe öffentlicher Gebühren dürfen nicht zum Wettbewerbsnachteil von Unternehmen werden

Die Gebühren (z.B. Abwasser) am Mittleren Niederrhein sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen. Gebühren sollen kostendeckend sein. Deswegen gibt es im Einzelfall auch gute Gründe für hohe Gebühren. Die Daten deuten darauf hin, dass die Gebührenzahler häufig die kommunalen Haushalte quersubventionieren. Das sollte zukünftig vermieden werden.

RAL-Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung – Zertifizierung erwerben und dauerhaft sichern

Die Stadtverwaltung Krefeld hat in der vergangenen Wahlperiode ihre Bemühungen intensiviert, das Zertifikat der „Mittelstandsorientierten Kommunalverwaltung“ zu erwerben. Sie ist seit 2021 Mitglied der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.. Das Zertifikat konnte bislang (Stand: März 2025) noch nicht erworben werden. Die Stadtverwaltung sollte kurzfristig alle Maßnahmen ergreifen, um das Zertifikat zu erhalten. Anschließend sind Maßnahmen zu ergreifen, um dies auch dauerhaft zu sichern. Schließlich sorgt etwa die ungünstige Baukonjunktur zurzeit für weniger Bauanträge. Die Kriterien müssen auch während guter konjunktureller Bedingungen eingehalten werden. Das Zertifikat ist wichtig. Es ist ein gutes Signal nach außen, das zeigt, dass die Kommune wirtschaftsfreundlich arbeitet.

Krefelder Verwaltung: Es braucht eine „Fast Lane“ für die Wirtschaft!



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Ob KfZ-Zulassungsstelle, Bauverwaltung oder Ausländerbehörde: Es braucht eine „Fast Lane“ in der Krefelder Verwaltung für wirtschaftliche Belange. Die Unternehmen sind von der Bürokratie durch die EU und den Bund gelähmt. Verwaltungen, die ihren lokalen Unternehmen, einen schnelleren Zugang bieten, sorgen damit für einen Standortvorteil ihrer Wirtschaft.

Personelle und finanzielle Ausstattung in wirtschaftsnahen Bereichen sicherstellen

In allen wirtschaftsnahen Bereichen der Krefelder Verwaltung sollte die personelle Ausstattung sichergestellt werden. Die Bereiche müssen personell quantitativ und qualitativ gut besetzt sein, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Engpässe wie z.B. Anfang des Jahrzehnts im Gewerbeamt dürfen sich nicht wiederholen.

Starke Wirtschaftsförderungen notwendig

Auch die Wirtschaftsförderung bzw. das Wirtschaftsdezernat sollte auch über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Die Wirtschaftsförderung ist zwar haushaltstechnisch eine freiwillige Leistung, aber es sind insbesondere die Unternehmen, die durch Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze für die finanzielle Stabilität einer Kommune sorgen. Dabei sollte eine Hauptaufgabe immer sein, dass die Mitarbeitenden die Brücke zwischen der Wirtschaft und weiteren Einheiten der Kommunalverwaltung sind. Die Wirtschaftsförderung sollten das Angebot vorhalten, Unternehmen mit einem Anliegen, das auch andere Ämter (Ordnungsamt, Bauamt, Integrationsamt) betrifft, innerhalb der Verwaltung zu vermitteln – im Sinne einer One-Stop-Agency. Das führt dazu, dass der Unternehmer nur einen Ansprechpartner hat. Die Wirtschaftsförderung sollte die Unternehmen auf dieses Angebot aufmerksam machen (beispielsweise durch ihre Homepage, Unternehmensbesuche, Unternehmerfrühstücke). Das Angebot sollte im Besonderen Existenzgründer und ansiedlungsinteressierte Unternehmer ansprechen.

Kundenfreundliche Kommunikation der Verwaltung - Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung verbessern

Unternehmer berichten zum Teil darüber, dass die Kommunikation mit der Kommunalverwaltung verbesserungswürdig ist. Wichtig ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem Anliegen, zeitnahe eine Rückmeldung zu ihrem Anliegen erhalten. Die Betriebe fordern, dass sie nicht nur zu hören bekommen, dass etwas nicht geht, sondern auch wie etwas gehen könnte. Die Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden muss weiter erhöht werden. Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter müssen entscheidungsfreudiger werden. Das Absichern führt nach der Wahrnehmung von Unternehmen häufig zu verzögerten Entscheidungsprozessen.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben – KI nutzen.

Der Digitalisierungsgrad der Krefelder Stadtverwaltung hat sich in der vergangenen Wahlperiode positiv entwickelt. Der Gewinn des Digital Awards 2024 zeigt, dass die Verwaltung auf einem guten Weg ist. Daran muss in der kommenden Wahlperiode



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

angeknüpft werden. So beklagen insbesondere Unternehmerinnen und Unternehmer, die viel mit der Bauordnungsbehörde zu tun haben, eine unzureichende Digitalisierung. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist essentiell. Der Geschäftsverkehr zwischen der Kommune und Unternehmen muss – soweit dem im Einzelfall überörtliche Regelungen nicht entgegenstehen – komplett digital ermöglicht werden. Auch die sinnvolle Nutzung von KI sollte vorangetrieben werden – etwa wenn es um Feststellungen geht, ob Unterlagen vollständig sind oder ähnliches.

Wirtschaftsdezernat stärken!

Es ist positiv, dass die Stadtverwaltung seit dem Jahr 2020 einen Wirtschaftsdezernenten hat und damit das Thema Wirtschaft im Verwaltungsvorstand stärkere Berücksichtigung findet. Diese Position sollte aus unserer Sicht weiter gestärkt werden. Der Wirtschaftsdezernent sollte als gleichberechtigter Beigeordneter agieren.

WIDI-Ausschuss beibehalten!

Ebenso ist es positiv, dass die Stadt seit Beginn der vergangenen Wahlperiode wieder einen Wirtschaftsausschuss hat. Durch diesen Ausschuss hat sich das Band zwischen Kommunalpolitik und Wirtschaft verstärkt. Wirtschaftspolitische Belange wurden so in einem Ausschuss wieder vorberaten. Dieser Ausschuss muss auch in der kommenden Wahlperiode beibehalten werden.

Maximale Dauer von 40 Arbeitstagen bei Plan- und Genehmigungsverfahren bei vollständigen Unterlagen

Bei nicht vollständigen Unterlagen sollte kurzfristig eine Rückmeldung der Behörde an den antragstellenden Unternehmer erfolgen, um auf die fehlenden Unterlagen hinzuweisen. Bei vollständigen Unterlagen sollte eine Bearbeitung und Entscheidung innerhalb von 40 Arbeitstagen möglich sein. Der Status des Genehmigungsstandes sollte für die Antragsteller online einsehbar sein.

Personelle Ausstattung in den Straßenverkehrsämtern darf Logistikwirtschaft nicht behindern

Bei der Antragsbearbeitung von Groß- und Schwerlasttransporten sollten die zuständigen Verwaltungen zeitnah die prüffähigen Anträge bearbeiten, das Anhörungsverfahren unverzüglich durchführen und eine abschließende Entscheidung innerhalb von drei Arbeitstagen herbeiführen. Personalengpässe in den Straßenverkehrsämtern dürfen nicht zu Verzögerungen bei Logistikbetrieben, Lieferanten und Kunden führen. Für die Logistikregion Niederrhein ist dies von existenzieller Bedeutung.



Gewerbeflächen: Überblick und Austausch mit Akteuren

Die Kommunalverwaltungen sollten einen Überblick über freie private und kommunale Gewerbeflächen und Gewerbeobjekte sowie einen Überblick über aktuell nicht genutzte Brachen vorhalten. Hierzu sollten sich die Verwaltungen regelmäßig mit Flächen- und Immobilienentwicklern aus der Region austauschen. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen sollte innerhalb von 24 Stunden eine erste Rückmeldung auf eine Anfrage sowie innerhalb der ersten fünf Arbeitstage eine qualifizierte Antwort gegeben werden können. Darüber hinaus sollte bei Bedarf sogleich ein erster Gesprächstermin angeboten werden.

Rechnungen zügig begleichen

Die Kommunen sollten fällige Rechnungen der von ihnen beauftragten Unternehmen innerhalb von 15 Arbeitstagen begleichen. Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung gegenüber den Unternehmen.

Haushaltskonsolidierung durch Aufgabenkritik

Die Haushaltslage der Stadt Krefeld bleibt herausfordernd. Die Probleme der Kommunen werden in den kommenden Jahren zunehmen. An einer Haushaltskonsolidierung führt kein Weg vorbei. Mit Blick auf die zu erwartenden Finanzierungsprobleme müssen Städte und Gemeinden insbesondere ihre Ausgaben reduzieren. So sollten sie weiterhin eine Aufgabenkritik betreiben und bei ihren Pflichtausgaben die Standards überprüfen. Dies sollte allerdings nicht zu einem undifferenzierten Personalabbau führen. Ausreichend personelle Ressourcen sollten vor allem auch in den Bereichen der Stadtverwaltung vorhanden sein, die für die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts wichtig sind. Dadurch lassen sich Gewerbesteuererträge generieren. Wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, lassen sich langfristig auch freiwillige Ausgaben besser finanzieren. Klar ist auch: Die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen ist perspektivisch die beste Haushaltspolitik.

Interkommunale Kooperation vorantreiben

Die interkommunale Kooperation am Mittleren Niederrhein sollte weiter ausgebaut werden. Nicht nur eine systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere interkommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken. Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben auslagern, können sie sich sachlich, thematisch und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.



Infrastruktur (Gewerbeflächen, Verkehr, Digitales, Energie)

Für Krefeld ist wichtig:

Klares Statement für Gewerbe- und Industriegebiete

In Krefeld nehmen die klassischen Gewerbe- und Industrieflächen 7,4 % (1.026 Hektar) der gesamten Stadtfläche in Anspruch (Stichtag 31.12.2023). Das sind weniger Flächen als für Sport-, Freizeit und Erholung mit 9,2 %. Um die Flächennachfrage der Wirtschaft bedienen zu können, sollten die Potenzialflächen aus dem Regionalplan Düsseldorf zeitnah in verbindliches Baurecht umgesetzt und Flächen perspektivisch gekauft werden. Krefeld hat nur noch wenig Potenziale für neue Flächenausweisungen. Umso wichtiger ist die Sicherung vorhandener Flächen. Sowohl für neue als auch für bestehende Gewerbe- und Industriegebiete sollten Nutzungsszenarien entwickelt werden, um Flächenkapazitäten effektiv nutzen und Fehlentwicklungen (auch im Umfeld) von vornherein begegnen zu können. Im Brachflächenkataster der Stadt Krefeld wurden ehemalige Gewerbe- und Industriegrundstücke erfasst und Nutzungsperspektiven ermittelt. Diese Flächen müssen für neue gewerblich-industrielle Nutzungen reaktiviert werden. Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit und ein klares Bekenntnis der kommunalen Entscheidungsträger zu den Flächen, die dauerhaft als Gewerbe- und Industrieflächen gesichert bleiben.

Gewerbegebiet nördlich der A44 umsetzen

Die Entwicklung des Gewerbegebiets nördlich der A44 stagniert, was für den Wirtschaftsstandort Krefeld eine verpasste Chance darstellt. Es muss ein klares und entschlossenes Engagement für die Entwicklung des Gewerbegebiets an der A44 erfolgen.

Krefelder Hafen weiterentwickeln

Der Krefelder Hafen ist ein bedeutender Standort für trimodale Logistik. Er sollte weiterhin vorrangig für Industrie- und Logistikbetriebe reserviert werden. Nachnutzungen von aufgegebenen Flächen im Hafen müssen sich an dieser besonderen Funktion des Hafens orientieren. Bei Planungen innerhalb des Hafens und in dessen Umfeld müssen die Funktion des Hafens und die Entwicklungsmöglichkeiten beachtet werden. Die Planungen dürfen sich weder tatsächlich noch rechtlich nachteilig auf den Hafen auswirken. Konzepte für Umnutzungen einzelner Flächen, beispielsweise für den Freizeitbereich, sollten mit den betroffenen Unternehmen abgestimmt werden.

Rheinbrücke Uerdingen

Der Neubau der Rheinbrücke Uerdingen hat höchste Priorität. Die Seitens des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen im Juli 2024 vorgeschlagene 2+2=4 Lösung trägt die Wirtschaft mit, wenn hierdurch eine signifikante Beschleunigung des Verfahrens erzielt wird. Der Endausbau der Bundesstraße 288 ist als durchgehend vierspurige Verbindung zwischen der Autobahn 57



bei Krefeld und der Autobahn 59 bei Duisburg auszuführen. Die Nutzbarkeit der historischen Bestandsbrücke gilt es bis zur Fertigstellung einer neuen Querung sicherzustellen.

Straßenzustand weiter verbessern

Die mangelhafte Qualität der Straßen treibt die Unternehmen um. In den vergangenen Jahren wurden die Budgets zum Erhalt der Krefelder Straßen erfreulicherweise erhöht. Es bleibt allerdings bei einem erheblichen Investitionsstau. Daher muss dieses Thema weiterhin höchste Priorität haben.

Ausbau der A57

Wir fordern die zügige Fortführung des durchgehend sechsspurigen Ausbaus der Autobahn 57 zwischen Köln und dem Autobahnkreuz Kamp-Lintfort.

Einsatz für die Westtangente

Das Fehlen einer leistungsfähigen Verbindung zwischen der A40 im Norden und der A44 im Süden sowie die Durchfahrtsbeschränkung für schwere Lkw auf der B9 führen zu erheblichen Verkehrsbelastungen auf dem nachgeordneten Straßennetz. Der Bau der Westtangente inklusive des Ausbaus der AS Forstwald auf die A44 würde erheblich zur Entlastung des Verkehrs beitragen. Wir setzen uns für eine Umsetzung, der im Bundesverkehrswegeplan als „im weiteren Bedarf mit Planungerecht“ aufgeführten Maßnahme ein.

ÖPNV in Krefeld noch besser für die Stadt-/Umlandverkehre nutzen

Die Vorteile des ÖPNV kommen in urbanen Zentren stärker zum Tragen. Besonders wichtig ist die effiziente Ausgestaltung des ÖPNV im Kontext der herausfordernden Stadt-Umland Verbindungen. Hier gilt es die Angebote für die Pendlermobilität und für die Besucherverkehre weiter mit bedarfsgerechten Mobilitätslösungen zu stärken. Der ÖPNV muss zum Bindeglied zwischen Stadt und Umland werden. Der Nahverkehrsplan sollte mit zeit- und größenflexiblen Elementen (flexiblere Fahrplangestaltung, kleinere Fahrzeuge) überarbeitet werden. Die Angebote müssen an die Bedürfnisse des Berufsverkehrs angepasst werden. Das Straßenbahnnetz bietet eine leistungsfähige Grundlage für den ÖPNV in Krefeld und kann noch besser für die Stadt-/Umlandverkehre genutzt werden. Eine Option bietet dabei die Verlängerung der Straßenbahnlinie 042 bis Willich.

Radverkehr

Wenn der Radverkehr einen bedeutenden Anteil am Stadtverkehr haben soll, müssen für ihn entsprechende Räume zur Verfügung stehen. Priorität muss dabei die Sicherheit der Radfahrer haben. Für die Linienführung ist dabei vorrangig das nachgelagerte Netz zu prüfen und auf eine klare Hierarchisierung der Straßen zu achten. Besonders wichtig sind Instandsetzung und Erhaltung der ausgewiesenen Radwege.



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

City Hubs für Krefeld einrichten

Die Zunahme von Lieferverkehren verschärft die bereits angespannte Verkehrssituation in Städten. Kleinere Lieferfahrzeuge und Lastenfahrräder in Kombination mit innenstadtnahen Verteilzentren, die von allen Anbietern genutzt werden, können zur Entlastung beitragen.

Flächendeckender Breitbandausbau und leistungsfähige Mobilfunknetze

Eine leistungsstarke digitale Infrastruktur, insbesondere ein flächendeckender Breitbandausbau, ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der digitalen Transformation sowie für die Entwicklung KI-gestützter Geschäftsmodelle. Für Unternehmen ist sie Grundlage für eine reibungslose Abwicklung ihrer Geschäfte. Bedeutende Voraussetzung für Zukunftstechnologien ist das leistungsfähige Mobilfunknetz. Gewerbe- und Industriestandorte sollten beim Ausbau mit Priorität behandelt werden.

Grenznähe leben

Die aktuellen Grenzkontrollen zeigen, dass die Idee der europäischen Integration (und damit auch die offenen Grenzen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit) keineswegs selbstverständlich ist, sondern durch Kooperationen stetig aufrechterhalten werden muss. Diese Kooperationen beginnen bei den Kommunen. Deshalb ermuntern wir die Städte und Gemeinden am Mittleren Niederrhein weiterhin, wirtschaftsbezogenen Kooperationen – insbesondere mit niederländischen Nachbarn – einzugehen.

Krefeld ist Industriestandort

Krefeld ist Industriestandort. Die verarbeitenden Unternehmen und insbesondere die energieintensiven Betriebe sind eine Stütze des Wohlstands der Seidenstadt. Deswegen sind die Anforderungen der Industrie an die Kommune im Besonderen zu berücksichtigen. Die Akzeptanz der Bevölkerung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Industrieunternehmen. Akzeptanz von und Begeisterung für Industrie sollten von der gesamten Stadtgesellschaft und damit auch von der Kommunalpolitik und -verwaltung vorgelebt werden. Sorgen und Ängste von Bürgern dürfen nicht abgetan werden. Aber Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diese Sorgen korrekt einzuordnen und – bei aller berechtigten Berücksichtigung von Einzelinteressen – das Gemeinwohl im Blick zu haben.

Ausbau der Windenergie vorantreiben

Um den Ausbau der Windenergie voranzutreiben, sollte geprüft werden, ob die fünf Anlagen an der Stadtgrenze zu Kempen, mit einer Leistung von jeweils 0,75 MW repowert werden könnten. Zudem könnte geprüft werden, ob die Flächenpotenziale aus der LANUV-Studie als Windenergieflächen ausgewiesen werden könnten.



Handel, Innenstadt und Ortskerne, Aufenthaltsqualität

Stärkungspaket Innenstadt: Aktivitätslevel beibehalten, konsequent nachschärfen

In den vergangenen Jahren haben Politik und Verwaltung mit dem Stärkungspaket Innenstadt die Investitionen in die Krefelder Innenstadt deutlich erhöht. Mit dem Stärkungspaket Innenstadt 2.0 wird das hohe Aktivitätslevel beibehalten. Dies ist positiv. Insbesondere die Aufenthaltsqualität bedeutender Krefelder Plätze sollte angegangen werden. Es hat sich deutlich gezeigt, dass die Programme regelmäßig nachgeschärft werden müssen. Die gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Innenstadtakteuren sollte daher unbedingt beibehalten werden. Insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl und die Sauberkeit der Straßen in der Innenstadt und in den Ortszentren sind von Bedeutung, um die Innenstadt und die Stadtteilzentren als Visitenkarte des Wirtschaftsstandorts zu stärken. Dazu bedarf es kurzer Reinigungsintervalle und eines gut ausgestatteten kommunalen Ordnungsdienstes.

Aktives Leerstandsmanagement erforderlich

Das Leerstandsmanagement in Krefeld sollte in Abstimmung mit den örtlichen Immobilienmaklern noch weiter professionalisiert werden. Immobilieneigner sollten aktiv in den Prozess mit eingebunden werden, leerstehende Immobilien für eine zukünftige Nutzung attraktiv zu gestalten.

Erlebnisse schaffen – privates Engagement fördern

Eine Aufwertung wird der Handel vor allem dann erhalten, wenn Erlebnisse geschaffen werden – zum Beispiel in Form von Veranstaltungen. Dazu sollte das Stadtmarketing Krefeld weiterhin den Fokus auf Aktivitäten in der Innenstadt und den Ortszentren behalten. Auf der anderen Seite sollte privates Engagement (weiterhin) gefördert werden. Die digitale Anmeldung von Veranstaltungen wird von den Unternehmen sehr positiv bewertet, für kleine Veranstaltungen ist die Abfrage jedoch sehr umfangreich.

Werbegemeinschaften und Immobilien- und Standortgemeinschaften unterstützen

Insbesondere die Arbeit von Werbegemeinschaften und Gewerbevereinen sollte in den Bereichen Organisation, Marketingaktivitäten, Stadtfeste und Aktionen stärker unterstützt werden. Diese Wertschätzung beschränkt sich nicht nur auf den Handel, sondern sollte die Immobilieneigentümer einschließen. Wir empfehlen den Kommunen, partnerschaftlich mit Immobilien- und Standortgemeinschaften zusammenzuarbeiten.

Erreichbarkeit der Innenstädte und Ortszentren sicherstellen

Die Innenstadt muss sowohl mit dem Pkw und mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch für den übrigen Individualverkehr erreichbar sein. Umweltzonen, Lärmschutzzorgaben und Parkgebühren dürfen die Kunden nicht von den Innenstädten fernhalten. Die ÖPNV-



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Verbindungen müssen so gestaltet sein, dass die Innenstadt und Ortszentren problemlos erreicht werden können.

Parkmöglichkeiten bereitstellen – Parkgebühren gering halten – smarter werden

Für das Hauptverkehrsmittel Auto müssen ausreichende und intelligente Parkraumkonzepte entwickelt werden. Dabei sollte die Qualität des Parkplatzangebots mit den Parkgebühren im Einklang stehen. Parksuchverkehre sollten durch digitale Parkleitsysteme minimiert werden. Auch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ist die bequeme und sichere Erreichbarkeit der Innenstädte von großer Bedeutung. Fahrradfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind wichtige Kriterien für die Stadt- und Verkehrsplanung. Damit geht ein Konzept für Fahrradparkplätze einher. Bei der Erhebung der Parkgebühren sollten möglichst alle Bezahlmethoden (online, bar, Kartenzahlung) angeboten werden.

Sondernutzungsgebühren gering halten

Eine attraktive Außengastronomie sorgt auch für eine Belebung der Innenstädte. Die Verwaltung kann die Gastronomen mit vielen kleineren Maßnahmen unterstützen. Unter anderem sollten Sondernutzungsgebühren so gering wie möglich gehalten werden. Die Entgelte für sogenannte Sondernutzungen im Bereich der Außengastronomie waren in der Wahlperiode 2020-2025 ausgesetzt. Diese sollte auch in der neuen Wahlperiode fortgeführt werden. Schließlich leidet die Gastronomie weiterhin unter der Konsumzurückhaltung der Bevölkerung.

Normen-Screening

Wir empfehlen ein Update der kommunalen Satzungen und Verordnungen: ein Normen-Screening mit dem Ziel, versteckte Potenziale und unnötige Barrieren der Innenstadtentwicklung aufzufinden und sie zukünftig zu nutzen beziehungsweise abzubauen. Das verwaltungsrechtliche Screening aller für die Entwicklung der Stadtzentren relevanten kommunalen Regelungen könnte eine kostengünstige Förderung der Innenstadtentwicklung sein.

Fördermittel des Landes nutzen!

Das Land Nordrhein-Westfalen initiiert gezielt Förderprogramme, um die Attraktivität und Lebendigkeit der Innenstädte zu steigern. Diese Programme bieten finanzielle Unterstützung für Projekte, die zur Belebung und Modernisierung der Zentren beitragen. Die Kommunen sind dazu angehalten, die Programme auf ihre Eignung für lokale Bedürfnisse und Vorhaben zu prüfen. Ziel ist es, den wirtschaftlichen und sozialen Wandel der Innenstädte aktiv zu gestalten und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.



Nutzung flexibilisieren – Fokus auf Gewerbe

Die Leerstandsquote in Krefeld ist hoch. Deshalb sollte zeitnah diskutiert werden, welche Bereiche in der Krefeld Innenstadt weiterhin ausschließlich dem Handel zur Verfügung stehen sollten und in welchen Bereichen perspektivisch alternative Nutzungen ermöglicht werden könnten. Diese Debatte sollte gemeinsam mit dem Handel und der Immobilienwirtschaft geführt werden. Priorität sollte weiter auf einer Nutzung durch Gewerbe gelegt werden.

Kommunikation mit Immobilieneigentümern von Schandimmobilien intensivieren

Schandimmobilien sorgen dafür, dass die Attraktivität der Innenstadt nicht mehr gewährleistet ist. Die Kommune sollte die Kommunikation mit den entsprechenden Eigentümern suchen und Lösungsmöglichkeiten eruieren. Dabei sollten auch sinnvolle Nutzungsänderungen diskutiert werden.

Wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden als ultima ratio

Die wirtschaftliche Betätigung von Städten und Gemeinden sollte die ultima ratio bleiben. Problematisch wird dies im Innenstadtkontext, wenn die Kommunen bzw. kommunale Töchter zum Beispiel als Verpächter von Gaststätten auftreten und Pachten unterhalb des marktüblichen Preises verlangen.

Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Innenstadtakteure stärken

Ob aktuelle Hinweise zur Sauberkeit, Sicherheit, zu Gestaltungsideen oder Veranstaltungen: Es ist von großer Bedeutung, dass Unternehmen und die Mitarbeitenden in der Verwaltung miteinander sprechen. Wir empfehlen in allen Kommunen eine Stärkung der Kommunikation zwischen den Verwaltungen und den Innenstadtakteuren. Es empfiehlt sich, dass sich Verwaltung und Innenstadtakteure monatlich oder quartalsweise austauschen.

Kommunikation beteiligter Verwaltungseinheiten untereinander verbessern

Stadtmarketing, Bauordnungsamt, Ordnungsamt – die Innenstadtakteure sind auf das Zusammenspiel vieler Verwaltungseinheiten angewiesen, wenn es etwa um die Durchführung von Stadtfesten oder ähnliche Aktionen geht. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, dass auch innerhalb der Verwaltung gut miteinander kommuniziert wird. Häufig gibt es Reibungsverluste, weil die Kooperation der öffentlichen Ämter untereinander Verbesserungspotenziale bietet.

Maßnahmen entwickeln, um studentisches Leben in der Innenstadt zu etablieren



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Krefeld ist ein Hochschulstandort. Studentisches Leben ist in der Innenstadt jedoch kaum sichtbar. Daher ist es sinnvoll, dass die Hochschule Niederrhein in der Innenstadt sichtbar ist.

Theaterplatz beleben

Der Theaterplatz muss durch vielfältige Aktionen belebt werden. Der Platz hat als Kulturstandort mit Mediothek und Theater sowie als Eingangstor zur Innenstadt großes Potenzial. Die Aufenthaltsqualität sollte gesteigert werden.

Umfeld des Hauptbahnhofs gestalten

Der Hauptbahnhof Krefeld ist das Einfallstor zur Krefelder Innenstadt, auch ohne direkte Verbindung zur Haupteinkaufsstraße. Der Bahnhof sollte perspektivisch die Funktion eines Mobilitäts-Hubs erlangen. Insbesondere im Bahnhofsumfeld sollten unsichere Räume abgebaut werden. Sicherheit und Ordnung sind wichtige Stellschrauben zur positiven Belebung des Bahnhofsumfelds.



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Bildung und Fachkräfte

Duale Ausbildung stärken

Alle Akteure sollen für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung werben. Dabei werden sowohl leistungsstarken als auch praxisbegabten Schülern und Schülerinnen gezielt die Vorteile der beruflichen Bildung aufgezeigt. Die Berufsorientierung soll flächendeckend in allen Schulformen und konsequent in den Unterricht integriert stattfinden.

Berufsschulen stärken

Die Stadt Krefeld als Träger ihrer Berufsschulen steht mit in der Verantwortung, attraktive Lernorte zu schaffen. Das ist ein Faktor, um die Duale Berufsausbildung zu stärken. Dafür ist es unabdingbar, dass die Schulen in einem guten Zustand sind. Für Ausbildungsunternehmen, aber auch für die Azubis spielt die Digitalisierung an Berufsschulen eine immer größere Rolle. Dies gilt für die Digitalisierung als Unterrichtsthema sowie für das Lernen mit digitalen Medien. Doch gerade bei diesem sehr wichtigen Aspekt fällt die Bewertung der Berufsschulen in unserer 2024 vorgestellten Studie eher negativ aus. Deswegen wünschen sich die Ausbildungsunternehmen mehr Investitionen in die IT-Infrastruktur und die Hardware.

Wirtschaft und Arbeitsleben als fester Themenbestandteil in den Schulalltag integrieren

Wirtschaft und Arbeitsleben müssen als Themen fest in den Schulalltag integriert werden. Hospitationen der Lehrer und Lehrerinnen in Unternehmen sind hilfreich, um praxisnahe Informationen zu aktuellen Entwicklungen vermitteln zu können. Kommunale Akteure können dabei vermitteln und gestalten.

Investitionen in Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zu mehr Beschäftigung und Unternehmertum führen. Es gilt, das Betreuungsangebot für Kinder nochmals auszuweiten (Kindertagesstätten), die Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder auszubauen, beim Thema Pflege Freiraum für flexible, individuelle Lösungen zu schaffen sowie Informationen anzubieten, um die Familienpflegezeit stärker zu etablieren.